

Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales am 18.06.2026, 18:00 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Sami Bouhari	SPD	Vertretung für Frau Inge Walfort
Herr Günter Alfred Büscher	CDU	
Herr Dirk Christian de Beyer	VOLT	
Herr Dominik Hanning	CDU	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Frau Sabrina Klöpfer	CDU	
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Robert Ostendorf	Pro Coesfeld	
Frau Jasmin Riering	Pro Coesfeld	
Frau Irene Schneider	CDU	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Matthis Tasler	SPD	Vertretung für Frau Bettina Suhren
Herr Lars Vogel	CDU	
Verwaltung		
Frau Lea Strotmann	FB 50	
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Herr Michael Vogt	Fachbereichsleiter FB 50	

Schriftführung: Frau Lea Strotmann

Herr Lars Vogel eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:50 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Bericht der Coesfelder Tafel e.V.
Vorlage: 178/2026
- 3 Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer Meldepflicht bei Wohnungsleerstand nach dem Wohnraumstärkungsgesetz
Vorlage: 157/2026
- 4 Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer kommunalen Wohnungstauschbörse nach dem Vorbild der Stadt Langenfeld
Vorlage: 158/2026
- 5 Antrag der CDU-Fraktion: Antrag zur Stärkung des Wirtschafts- und Gesundheitsstandort und Bildungsstandort Coesfeld
Vorlage: 159/2026
- 6 Antrag der SPD-Fraktion: Antrag zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes
Vorlage: 180/2026
- 7 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
-------	---

Herr Vogt erinnert an den Termin zur Feier des 20-jährigen Jubiläums der Wohngruppe Maria Droste am 03.07.2026 ab 15:00 Uhr.

Danach stellt Herr Vogt die aktuellen Zahlen aus dem Fachbereich 50 vor. Die Vermittlungsquote im Jobcenter konnte erhöht werden, wodurch die Fallzahlen zurückgehen. Die Zuweisungszahlen der Geflüchteten bleiben weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Alle Zahlen können der beigefügten Präsentation entnommen werden.

TOP 2	Bericht der Coesfelder Tafel e.V. Vorlage: 178/2026
-------	--

Herr Vogel berichtet, dass im Vorfeld der Sitzung die Tafel besichtigt werden konnte. Dort wurden die Örtlichkeiten, die organisatorischen Abläufe sowie die Verfahrensweisen zur Lebensmittelbeschaffung vorgestellt.

Anschließend berichtet Herr Öhmann von der täglichen Arbeit bei der Tafel und stellt den Verein der Coesfelder Tafel vor. Alle Informationen können der beigefügten Präsentation entnommen werden.

Herr Bouhari bedankt sich für die wichtige Arbeit, die durch die Tafel geleistet wird. Er würde sich allerdings wünschen, dass diese Arbeit überflüssig wäre. Generell solle das Problem der übermäßigen Lebensmittelverschwendung angegangen werden. Er fragt nach dem Verhältnis zwischen Einzelpersonen und Kindern und ob sich daraus Strukturen wie zum Beispiel eine Altersarmut ableiten lassen könnten.

Herr Öhmann gibt an, dass dies durch die angegebenen Zahlen nicht zu erkennen ist. Es gibt Kunden in allen Altersstufen. Eine Differenzierung wird nur zwischen erwachsenen Personen und Kindern durchgeführt, Haushaltsstrukturen bleiben bei den Zahlen unberücksichtigt.

Die Ratsmitglieder heben die hohe Bedeutung der Tafel hervor und bedanken sich bei Herrn Öhmann.

TOP 3	Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer Meldepflicht bei Wohnungsleerstand nach dem Wohnraumstärkungsgesetz Vorlage: 157/2026
-------	---

Herr Vogt verweist auf den letzten Satz der Vorlage: „Eine Zweckentfremdungssatzung bietet der Stadt Coesfeld weitreichende Möglichkeiten. Gleichzeitig ist der dadurch entstehende Verwaltungs- und Personalaufwand aktuell nicht abschätzbar. Insbesondere hängt dieser vom Umfang der in der Satzung zu treffenden Regelungen und den sich daraus ergebenden tatsächlichen Fallzahlen und Fallgestaltungen ab.“ Generell erfüllt die Stadt Coesfeld die Mindestvoraussetzungen für den Erlass einer Zweckentfremdungssatzung. Bisher haben aber nur

kreisfreie Städte und generell größere Städte mit einer deutlich größeren Wohnungsproblematik eine Zweckentfremdungssatzung erlassen. Wie in der Vorlage beschrieben, müsste die Stadt Coesfeld darlegen, welche Maßnahmen sie neben der Satzung zur Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum ergreift. Der Verwaltungsaufwand läge vor allem darin, zu überprüfen, ob ein berechtigtes Interesse an der zweckentfremdenden Nutzung überwiegt.

Herr de Beyer äußert, dass bewusst sei, dass die absolute Notwendigkeit für die Einführung der Satzung nicht bestehe. Trotzdem ist das Thema Wohnen ein wichtiges und zentrales Thema auf allen Ebenen. Es ist nicht genug Wohnraum vorhanden, wodurch das Thema ernst genommen und mit Dringlichkeit behandelt werden sollte.

Herr Kestermann entgegnet, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen nicht zielführend seien. Investoren und Vermieter könnten durch eine solche Satzung verschreckt werden. Außerdem erfülle die Stadt Coesfeld nur die Mindestvoraussetzungen, wodurch die Einführung der Satzung und der damit einhergehende Personal- und Verwaltungsaufwand nicht verhältnismäßig sei. Das vorrangige Ziel sollte es sein, mehr Wohnraum zu schaffen. Alternativ fordere die CDU den Wohnbedarf an Grundstücksflächen und Wohnungen auf andere Weise zu befriedigen. Hierfür sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden: vermehrte Ausweisung von Baugebieten, Innenstadtverdichtung, Hinterhofbebauung und eine verstärkte Umsetzung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau durch die Verwaltung bzw. die Stadtentwicklungsgesellschaft.

Herr Stratmann sehe in der Satzung einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Eigentumsrechte. Zudem sei der Verwaltungsaufwand zu hoch und die Satzung könne den Wohnraum-mangel in Coesfeld nicht beseitigen.

Herr Hanning schließt sich der Meinung an. Die Zweckentfremdungssatzung mache in Regionen Sinn, wo die Wohnungsnot sehr hoch ist. Daher wäre die Verhältnismäßigkeit zur Einführung in Coesfeld nicht gegeben.

Herr Öhmann stimme dem Ziel der Vorlage grundsätzlich zu. Es sei allerdings schwer, die tatsächliche Höhe des Verwaltungsaufwands abzuschätzen. Wohnen sei ein Grundrecht und es sollte das Ziel sein, genug Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Für die Entscheidung, der Vorlage zuzustimmen, seien allerdings noch genauere Informationen notwendig.

Herr Tasler hält die Einführung der Satzung für sinnvoll. Das Wohnraumproblem sollte von verschiedenen Seiten angegangen werden. Zu einen mit mehr Bauflächen und mehr bezahlbarem Wohnraum aber auf der anderen Seite auch dadurch, dass der vorhandene Wohnraum optimal genutzt werde. Er schlägt ein mehrstufiges Verfahren vor, indem zuerst die für die Satzung notwendigen Maßnahmen als milderes Mittel durchgeführt werden sollen. Danach könne man den Nutzen der Maßnahmen prüfen und dann ggf. die Satzung erlassen.

Herr Kämmerling betont, dass das Thema Wohnungsmarkt schnellstmöglich angegangen werden und es keine weitere Verschiebung geben sollte. Es ist erforderlich, dass konkrete Maßnahmen festgelegt werden, wie mit der Wohnungssituation umgegangen werde und was schrittweise getan werden könne.

Herr Stratmann fügt hinzu, dass in der Vergangenheit ein Antrag zum zentralen Grundstücksmanagement gestellt wurde. Damals wurde besprochen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen bereits umgesetzt werden.

Herr Kestermann verweist auf den Beschluss zum öffentlich gefördertem Wohnraum, in dem genau festgelegt wurde, wie viel Wohnungsbau entstehen soll. Wenn das umgesetzt werde, sei Coesfeld schon ein ganzes Stück weiter.

Herr Hanning betont auch, dass schon Maßnahmen ergriffen worden seien. Diese sollte man zuerst ausschöpfen, bevor neue Maßnahmen ergriffen werden.

Herr Bouhari spricht sich dafür aus, die Verwaltung zu beauftragen, für die nächste Sitzung des Sozialausschusses einige weitere Möglichkeiten zu benennen, wie man weiter agieren

könne. Auch wenn schon einige Beispiele in der Sitzungsvorlage erwähnt wurden, sollte sich noch über weitere Maßnahmen Gedanken gemacht werden.

Herr Kämmerling spricht die Notwendigkeit aus, in dem Thema schnell zu handeln. Dabei sollte sich nicht nur auf die Stadtentwicklungsgesellschaft und die Verwaltung verlassen werden, sondern auch private Investoren mit einbezogen werden. Man müsse es für private Personen attraktiver machen, Wohnraum zu schaffen.

Herr Büscher entgegnet, dass es durchaus private Investoren gebe, die auch bauen wollen. Allerdings sei das aufgrund der Baukosten und der Finanzierung momentan für viele nicht machbar. Wenn gebaut werde, müssen durch die hohen Kosten auch höhere Mieten genommen werden, was das Problem von bezahlbarem Wohnraum nicht lösen werde.

Beschlussvorschlag Volt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des Wohnraumstärkungsgesetzes (WohnStG) NRW eine Satzung zur Vermeidung von Zweckentfremdung von Wohnraum zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	3	9	2

Beschlussvorschlag Herr Tasler (SPD):

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, die einer Zweckentfremdungssatzung vorausgehen könnten, vorzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 4	Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer kommunalen Wohnungstauschbörse nach dem Vorbild der Stadt Langenfeld Vorlage: 158/2026
-------	--

Herr Vogt erklärt, dass je nach Umfang einer solchen Wohnungstauschbörse entsprechen-der Verwaltungs- und Personalaufwand entstehen würde. Als erster Schritt mit geringem Aufwand schlägt die Verwaltung die Einrichtung eines digitalen Formulars auf der Internetseite der Stadt vor, wo Personen ihre Tauschwünsche eintragen könnten. Von der Verwaltung werde dann überprüft, ob es übereinstimmende Angebote gebe.

Herr de Beyer erläutert, dass dieser Vorschlag der Optimierung des vorhandenen Wohn-raums dienen soll. Ein Formular auf der Internetseite wäre dafür gut geeignet.

Herr Stratmann spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus. Es sollte aber eine zeitliche Begrenzung stattfinden, um den Nutzen des Formulars abschätzen zu können.

Frau Schneider kann die Zielsetzung der Vorlage nachvollziehen. Es sollten allerdings auch die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt werden. Coesfeld sei keine Großstadt mit einem großen und anonymen Wohnungsmarkt. Das eigentliche Problem liege nicht an der Vernetzung der Menschen, sondern an fehlenden kleinen und altersgerechten Wohnungen. Zielführender wäre es daher, den Fokus auf die Schaffung von neuem Wohnraum und die allgemeine Wohnraumentwicklung zu legen.

Herr Kämmerling hält das Formular für eine vorrangige Maßnahme vor der Zweckentfremdungssatzung. Insofern halte er das Formular für sinnvoll. Es sei aber wichtig, dies umfassend zu bewerben, damit genug Bekanntheit entstehe. Bei einer zeitlichen Befristung sollte das Zeitfenster nicht zu gering sein, da das Konzept erst die entsprechende Bekanntheit erreichen müsse. 3 Jahre wären dafür sinnvoll.

Herr Stratmann betont, dass bei dem Vorschlag der zeitlichen Begrenzung eine Frist von 3

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	1	8	5

bis 4 Jahren gemeint sei.

Beschlussvorschlag VOLT:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine kommunale Wohnungstauschbörse zu entwickeln und zeitnah umzusetzen. Die Plattform soll als Vermittlungsstelle dienen, um insbesondere Senior:innen, die sich räumlich verkleinern möchten, mit Familien zusammenzubringen, die größeren Wohnraum benötigen. Des Weiteren könnte auch die SEG einbezogen werden, wenn es z.B. um den Bau altengerechter Wohnungen oder Mehrgenerationenhäuser in einem bestimmten Quartier geht, falls Senioren weiterhin in ihrem gewohnten Umfeld leben möchten und im Gegenzug ihr Haus abgeben möchten. Hier lassen sich auch Projektideen entwickeln, die auf den zukünftigen demographischen Wandel, von dem auch Coesfeld stark betroffen ist, reagieren.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	5	0

Beschlussvorschlag Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine kommunale Wohnungstauschbörse einzurichten. Die Wohnungstauschbörse soll als Vermittlungsstelle dienen, um Personen, die sich in Coesfeld räumlich verkleinern möchten, mit Personen, die größeren Wohnraum benötigen, zusammenzubringen. Sie soll im Wesentlichen durch die Einrichtung eines Onlineformulars auf der städtischen Internetseite realisiert werden. Die Interessensbekundungen werden zunächst von der Verwaltung gespeichert. Bei übereinstimmenden Interessensbekundungen stellt die Verwaltung den Kontakt zwischen den Interessenten her.

TOP 5	Antrag der CDU-Fraktion: Antrag zur Stärkung des Wirtschafts- und Gesundheitsstandort Coesfeld Vorlage: 159/2026
-------	---

Herr Thies erläutert zur vorliegenden Vorlage, dass sicherlich in beiden Bereichen (Unterbringung von Geflüchteten und Wohnungen für Auszubildende) ein Bedarf vorhanden sei. Man sollte keine Personengruppen gegeneinander ausspielen, indem man das eine tut, das andere aber nicht lässt. Die Gründe für den Vorschlag der Verwaltung, die Unterkunft wie geplant für die Unterbringung von Geflüchteten zu nutzen, können der Vorlage entnommen werden.

Herr Hanning erläutert zum Beschlussvorschlag, dass in der Sitzung ja schon deutlich wurde, dass bezahlbarer Wohnraum aktuell ein großes Thema sei. Man wolle keine Personengruppen gegeneinander ausspielen. Allerdings ist es wichtig, den Wohnraumbedarf für Auszubildende anzuerkennen und auch in dem Bereich zu handeln. Durch die rücklaufenden Zahlen bei den Geflüchteten, könne der entstehende Wohnraum in der Wetmarstraße besser für alle zugänglich gemacht werden. Allerdings seien auch die in der Vorlage angegebenen Argumente der Verwaltung zu beachten. Hier müsse genauer betrachtet werden, welche Kosten die Umstellung des Darlehens verursachen würde und wie viele Mietwohnungen durch die Umlegung der Geflüchteten aufgegeben werden könnten. Es wäre daher sinnvoll, den Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss bzw. den Rat zu verlegen.

Herr Öhmann sehe den Beschlussvorschlag als Ausspielung von Menschengruppen. Man sollte die SEG stärken, statt dies zu diskutieren. Auch sei der Vorschlag wirtschaftlich nicht sinnvoll, da die Darlehenskonditionen an die Nutzung als Flüchtlingsunterkunft geknüpft seien.

Herr Tasler betont, dass durch den Einzug der Geflüchteten in die Wetmarstraße auch wieder Wohnraum frei werde, der dann für jeden zugänglich sei. Außerdem gäbe es zurzeit auch noch die Unterbringung in Containern.

Herr Ostendorf sehe die Attraktivität für die Arbeitgeber. Allerdings wurden die Wohnungen geschaffen, um die Stadt finanziell zu entlasten. Die Stadt sei kein Immobilienmanagement und daher sei es sinnvoll, die angemieteten Wohnungen für Geflüchtete aufzugeben und in eigenen Gebäuden unterzubringen.

Herr Öhmann betont, dass es nicht sein könne, dass auf der einen Seite Geld ausgegeben wird, um ein Parkhaus zu bauen und auf der anderen Seite bedürftigen Personen der Wohnraum weggenommen werden soll.

Herr Thies erläutert, dass bei der Belegung der Wetmarstraße mit Geflüchteten circa 60 Personen dort untergebracht werden und damit circa 9 bis 10 Mietobjekte aufgegeben werden könnten.

Beschlussvorschlag Herr Hanning (CDU):

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschluss an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Die Verwaltung wird gebeten, weitere entscheidungsrelevante Zahlen zur Unterbringung Geflüchteter vorzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	7	7	0

Beschlussvorschlag CDU:

Zur Stärkung des Gesundheits- und Bildungsstandorts Coesfeld sollen die 25 Apartments in der Immobilie an der Wetmarstr. 1c nach Umbau und Sanierung den Coesfelder Einrichtungen und Firmen zur Anmietung zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	6	7	1

Beschlussvorschlag Verwaltung:

Die Apartments der Immobilie Wetmarstraße 2 sollen nach ihrer Fertigstellung – wie bisher geplant – als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden. Nach Inbetriebnahme der Flüchtlingsunterkunft sollen im Gegenzug angemietete Objekte zur Unterbringung geflüchteter Personen aufgegeben werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	7	6	1

TOP 6	Antrag der SPD-Fraktion: Antrag zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes Vorlage: 180/2026
-------	--

Herr Thies berichtet, dass es bei der Erstellung eines Integrationskonzeptes vor allem auf die Umsetzbarkeit ankomme. Viele Anforderungen aus dem Antrag stimmen mit dem Tätigkeitsprofil der/des Integrationsbeauftragten überein. Die Ausschreibung solle in der nächsten Woche rausgebracht werden. Die Empfehlung der Verwaltung ist daher, dass die Besetzung und Entwicklung der Stelle abgewartet werden soll.

Herr Bouhari halte es nicht für sinnvoll noch abzuwarten. Die Kennzahlen, die erbracht werden sollen, ermöglichen die Bewertung des Verlaufs der Integration. Es solle ein Integrationskonzept angestoßen werden, was eine Grundlage für die Integrationsarbeit bietet. Es gebe bereits ein kommunales Integrationszentrum, was den Prozess unterstützen könne. Man müsse daher die Stellenbesetzung nicht abwarten.

Herr Kämmerling befürwortet die Beteiligung des Integrationsbeauftragten bei der Konzepterstellung, da er auch für die Umsetzung verantwortlich sei.

Herr Tasler betont, dass sich der Beschlussvorschlag und die Beteiligung des Integrationsbeauftragten nicht ausschließen würden. Man könne den Prozess jetzt schon anstoßen und den Integrationsbeauftragten dann mit einbeziehen.

Beschlussvorschlag SPD:

Der Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales empfiehlt dem Rat der Stadt Coesfeld, die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzeptes für die Integration der in Coesfeld lebenden Neuzugewanderten und Geflüchteten zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	6	7	1

Beschlussvorschlag Verwaltung:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Aufgabenprofil der/des städtischen Integrationsbeauftragten zustimmend zur Kenntnis. Die/der städtische Integrationsbeauftragte soll jährlich einen Tätigkeitsbericht im Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren vortragen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	7	6	1

Beschlussvorschlag Herr Bouhari (SPD):

Der Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales empfiehlt dem Rat der Stadt Coesfeld, die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzeptes für die Integration der in Coesfeld lebenden Neuzugewanderten und Geflüchteten zu beauftragen. Die Erstellung des Konzeptes soll nach Besetzung der Stelle der/des Integrationsbeauftragten beginnen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 7 Anfragen

Keine Anfragen

